



LFVHessen

Resolution

69. Verbandsversammlung in Alsfeld

In Deutschland breitet sich eine besorgniserregende Tendenz aus: Mitglieder der Feuererwehren, der Hilfeleistungsorganisationen, Polizistinnen und Polizisten und andere Amtsträger werden im Dienst in ihrer Arbeit behindert, beleidigt oder sind sogar teilweise tätlichen Angriffen ausgesetzt. Jedes dritte Feuerwehrmitglied hat während der Dienstausbübung Gewalt-erlebnisse ertragen müssen. Dies ist nicht hinzunehmen.

Seit der Änderung des Strafgesetzbuches im Jahr 2017 durch das „Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ sind Feuerwehrleute und Rettungspersonal, in Bezug auf die Strafbarkeit von Gewaltdelikten während des Einsatzes der Polizei gleichgestellt. Dies allein ist aber nicht ausreichend. Der gegebene Strafraum muss auch ausgeschöpft werden. Die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen deutlich machen, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht geduldet wird.

Das Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte ist jedoch nicht allein ein strafrechtliches Thema. Seit Jahren stellen die Sozialwissenschaften eine „Verrohung“ der Bevölkerung fest, die auch in der Auflösung sozialer Bindungen, etwa durch die fortschreitende Individualisierung und Digitalisierung wurzelt. Das betrifft die Städte genauso wie die Orte auf dem Land. Respekt vor Einsatzkräften oder die Solidarität mit Betroffenen von Katastrophen und Gewalt sind keine Selbstverständlichkeiten mehr. Für diese Werte muss immer wieder sensibilisiert werden. Dies ist eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier muss es zu einem echten Kulturwandel kommen. Wir brauchen in diesen Fällen eine klare Haltung aller Bürgerinnen und Bürger.

Unabhängig davon müssen wir Einsatzkräfte unterstützen. Die Aufgabenträger dürfen Einsatzkräfte nach Angriffen nicht alleinlassen. Vorfälle müssen in der Einsatznachbereitung und der Psychosozialen Notfallversorgung besprochen werden. Betroffenen von Gewalt ist zudem der Zugang zu einer Rechtsberatung zu ermöglichen. Zudem müssen Konfliktmanagement und der Umgang mit Gewalt konsequent in die Ausbildung integriert werden. Projekte zum Täter-Opfer-Ausgleich können eine Möglichkeit zur Normakzeptanz sein und damit die Wiederholungsfälle verringern. Dies gilt auch für kommunale kriminalpräventive Gremien.

Feuerwehrangehörige helfen Menschen. Sie retten, löschen, bergen und schützen. Sie setzen dabei nicht selten ihre Gesundheit aufs Spiel. Sie verdienen höchsten Respekt und die höchste Wertschätzung durch unsere Zivilgesellschaft. Wir verurteilen daher Gewaltanwendung in jeder Form gegenüber Feuerwehrangehörigen.

Landesfeuerwehrverband
Hessen e. V.

Kölnische Straße 44 - 46
34117 Kassel

www.feuerwehr-hessen.de
info@feuerwehr-hessen.de

Telefon 0561 7889-45147
Fax 0561 7889-44997

29. April 2023